

CO₂-Zertifikate-Handel der EU treibt kleine Firmen in den Bankrott



Von wegen „Klimaschutz“ sei nicht kapitalistisch – mit den sogenannten CO₂-Zertifikaten gibt es in der Europäischen Union sogar ein recht anrüchliches Produkt für Börsen-Spekulanten, das nach dem [European Emissions Trading Scheme](#) gehandelt wird. Der Haupthandelsplatz liegt in Leipzig, die *European Energy Exchange AG*, Augustusplatz 9 ([zunächst die Seite aufrufen](#), dann auf das kleine Chart-Zeichen rechts unten in der weißen Leiste klicken).

Wie funktioniert der Emissionsrechtehandel? Nichts Neues unter der Sonne: Aus US-Großstädten ist der Luftrechte-Handel bekannt, der darauf basiert, daß die Stadtverwaltung eine maximale Bauhöhe der Wolkenkratzer vorgibt. Wer darunter bleibt, kann die Differenz an Nachbarn verkaufen, die dann darüber bauen dürfen. Analog dazu können heutzutage Unternehmen wie norwegische Wasserkraftwerke oder *Tesla* ihre angeblich nicht getätigten CO₂-Emissionen in Form von „Verschmutzungsrechten“ an Konkurrenten verkaufen, die politisch nicht als „grün“ gelten.

Ein Witz – die norwegischen Wasserkraftwerke sind teilweise schon über 100 Jahre alt, da das Land im Norden seinen Strombedarf traditionell mit den vielen Gebirgsflüssen decken kann. (Logisch wäre, daß ein Wasserkraftwerk, das **anstelle** eines Kohle- oder Gaskraftwerks **neu** gebaut würde, Zertifikate anbieten könnte.) Und die *Deutsche Bahn* kauft dann von den alten Wasserkraftwerken einige Zertifikate, rechnet damit ihre Emissionen schön und behauptet frech, die ICE würden „klimaneutral“ fahren – auch nachts und bei Windstille. Ähnlich läuft es wohl bei vielen Produkten wie Wurst, die mittlerweile im Supermarkt als „klimaneutral“ angepriesen werden – die Fabrik stellt nicht ihre ganze Produktion um, was auch gar nicht ginge, sondern kauft bequem ein paar CO₂-Aktien.

Gerade an *Tesla* ist der Irrsinn der CO₂-Zertifikate besonders gut zu erkennen: Der Besitzer Elon Musk, abwechselnd mit Jeff Bezos und Bill Gates der reichste Mann der Welt, verkauft gar nicht so viele Autos und machte bislang auch gar keinen nennswerten Gewinn mit den Luxusstromern. Seine Milliarden (>100) kommen überwiegend von ebenjenen Verschmutzungsrechten, die ihm die Produzenten von Verbrennungsmotoren zahlen müssen. Und dabei sind *Teslas* noch gar nicht einmal CO₂-ärmer – eher im Gegenteil. Die Stromboliden sind in der Herstellung wegen der Akkus deutlich aufwändiger, die viel mehr Ressourcen braucht und viel mehr Emissionen bewirkt als z.B. ein deutscher Diesel. Erst mit den Jahren soll sich das amortisieren – aber nur, wenn der

Strom zur Ladung des Li-Akkus tatsächlich nur aus erneuerbaren Quellen käme (kommt er nicht, geht nicht), und der Akku ewig hielte (tut er nicht, acht Jahre etwa max.). Heißt: Der Zertifikatehandel ist eine klare Wettbewerbsverzerrung, der schein-grünen Unternehmen massive Vorteile einräumt.

Auch kleine finanzschwache Firmen ohne politische Lobby, die sich nicht „grün-waschen“ können (im Englischen ist der Begriff *green washing* bekannt), werden durch die Klimagesetze mittlerweile gezwungen, Anbietern wie Musk seine CO₂-Aktien abzukaufen. Wer das nicht kann, muß Insolvenz anmelden, was die Massenmedien mittlerweile aufgreifen.

„Wie der Emissionshandel erste Firmen in die Pleite treibt“, titelt gerade die *Welt*.

Oder zumindest bedroht, wenn die marktfreundliche Regierung nicht eingreift. Am 30. April 2019 wollte die EU-Kommission vom Stahlkonzern *British Steel* Geld für die CO₂-Emissionen eintreiben, die das Management nicht durch Kauf von Zertifikaten „legalisiert“ hatte. Die Regierung Johnson griff ein und rettete so den Arbeitgeber von rund 25.000 Mitarbeitern (direkt oder Zulieferer; heute gehört die Firma der [chinesischen Jingye-Gruppe](#)). Im März 2021 nahm der Kohleförderer Oltenia bei der rumänischen Regierung einen Kredit in Höhe von 241 Millionen Euro auf, um einer Strafe von mehr als einer Milliarde zu entgehen.

Dummerweise wird die Zahl der umlaufenden Zertifikate von der EU jedes Jahr immer mehr reduziert, was nach und nach alle Hersteller zum „Grün-Waschen“ treibt – oder, wenn man politisch zu schwach ist, bankrott geht. Was auch daher kommt, daß Unternehmen in osteuropäischen Ländern von ihrer wenig öko-ideologischen Regierung geschützt werden, während zum Beispiel deutsche Firmen wie zuletzt die Papierfabrik *Zanders* in Bergisch Gladbach, die vom klimabegeisterten Kabinett Merkel keine Unterstützung erwarten können (von Laschet auch nicht). Das u.a. durch die Coronamaßnahmen in Schwierigkeiten *Zanders* hätte für rund drei Millionen Euro Zertifikate kaufen müssen, die man nicht hatte. Investoren wurden davon natürlich abgeschreckt, mit der Folge, daß das Unternehmen mit 380 Angestellten seit 1. Mai nicht mehr existiert.

Zudem gibt es im Rechtehandel mittlerweile wie an jeder Börse das Phänomen des Spekulantentums, das den Preis für eine erlaubte Tonne Kohlendioxid aktuell auf über 50 Euro trieb. Mittelständler, das wirtschaftliche Rückgrat der DACH-Länder, gehen nach Einschätzung eines Experten bereits ab 40 Euro pro Tonne „in die Knie“.